

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 09/2012 vom 20. September 2012, 17.00 Uhr, Stadtratssaal, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtpräsident Jürg Dällenbach Damen und Herren Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Suzanne Albrecht Wyss, Martin Allemann, Jonas Baumann-Fuchs, Claudine Beutler, Alfred Blaser, Christine Buchs, Piero Catani, Andrea de Meuron, Philipp Deriaz, Susanna Ernst, Peter Fahrni, Konrad Hädener, Thomas Hiltbold, Alain Kleiner, Andreas Kübli, Serge Lanz, Lukas Lanzrein, Manfred Locher, Thomas Marghitola, Sandra Rupp Gyger, Sandra Ryser, Daniel Schenk, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Heinz Schürch, Simon Schweizer, Ursula Stöckli, Peter Stutz, Reto Vannini, Simon Werren, Matthias Wiedmer
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Ursula Haller und Marianne Dumermuth Lehmann, Gemeinderäte Roman Gimmel und Peter Siegenthaler
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Sekretariat	Stadtratssekretär Remo Berlinger Protokollführerin Fabienne Feller
Entschuldigt	Stadträte Peter Dütschler, Christian Josi, Nora Läng und Reto Schertenleib

Schluss der Sitzung 18.10 Uhr

Der Stadtratspräsident eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden.

55. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 23. August 2012

Das Protokoll wird **vom Rat** einstimmig genehmigt.

56. Teilrevision des Pensionskassenreglements der Stadt Thun (PKR)

Anpassung des technischen Zinssatzes und des Umwandlungssatzes

Bericht des Gemeinderates Nr. 16/2012

Stadtpräsident Raphael Lanz erläutert, dass die Stadt handeln will, bevor die Pensionskasse ein Sanierungsfall wird und bevor die Probleme gross werden. Zum jetzigen Zeitpunkt kann man eine pragmatische und ausgewogene Lösung vorschlagen. Vorliegend geht es um einen ausgewogenen Vorschlag, zu dem alle Betroffenen einen Beitrag leisten müssen. Deshalb wird um Zustimmung gebeten. Einzelne Bereiche der Vorlage zu ändern, würde die Ausgewogenheit des Vorschlags gefährden.

Konrad Hädener, **SAKO P+F**, hat über die Vorlage schon Ende Mai und jetzt auch diese Woche in der SAKO beraten, dies auch in Anwesenheit externer Experten. Es wurden Alternativen aufgezeigt und es wurden Diskussionen über das Rentenalter geführt. Die Lebenserwartung der Rentner steigt, das führt zu höherem Kapitalbedarf. Gleichzeitig ist der Kapitalertrag der Vermögensanlagen wegen den tiefen Zinsen eingebrochen. Dies sind die beiden Gründe, aus denen gehandelt werden muss. Das Zinsniveau wird voraussichtlich tief bleiben. Der Deckungsgrad der Pensionskasse ist deutlich unter 100 %, die Arbeitgeber müssen deshalb bei Einzelaustritten bis zum Zieldeckungsgrad ausfinanzieren. Dies bestraft Arbeitgeber mit einer hohen Personalfuktuation. Zuwarten kostet also in dieser Angelegenheit. Ein weiteres Argument, heute zu handeln, ist, dass zahlreiche Renten, die bereits ausbezahlt werden, einen besonderen Schutz geniessen. Währenddem beraten wird, treten immer mehr Arbeitnehmer ins Rentenalter über, diese können nachträglich nicht mehr an der neuen Finanzierung beteiligt werden. Die Kosten sollen solidarisch von allen Beteiligten, also den Arbeitgebern, den Arbeitnehmern, der Pensionskasse und den Rentnern, getragen werden. Schwierig ist es mit den Rentnern, da die fälligen Renten einen besonderen Bestandesschutz geniessen. Laufende Renten können nicht einfach gekürzt werden. Die Mehrfinanzierungslast soll aber nicht allein den heutigen Arbeitnehmern aufgebürdet werden. Die Vorlage bietet einen gerechten und ausgewogenen Lösungsansatz. Die SAKO hat sich einstimmig, bei einer Abwesenheit, für die unveränderte Annahme der Vorlage ausgesprochen. Auch die paritätisch zusammengesetzte Pensionskassen-Kommission hat sich einstimmig für die Vorlage ausgesprochen. Bei allfälligen Änderungsanträgen muss sich der Rat bewusst sein, dass hinter dem Wortlaut des Reglements ein gewisses versicherungsmathematisches Modell steht, welches in sich stimmig bleiben muss. Die SAKO stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Sandra Ryser, **SVP-Fraktion**, ist der Meinung, dass es sich um eine sehr gute Lösung handelt. Eine gewisse Opfersymmetrie soll sein. Das Reglement ist komplex, man sollte nichts daran ändern. Für Vorsorgeeinrichtungen ist die Zinsentwicklung von grösster Bedeutung. Für 2013 ist bereits eine erneute Teilrevision vorgesehen. Es ist wichtig, nicht kurzfristig zu denken. Schwankungen müssen genau angeschaut und berücksichtigt werden. Die Anpassung des technischen Zinssatzes ist wohl fällig und es ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, zu handeln. Die Fraktion stimmt dem Antrag zu.

Serge Lanz, **FDP-Fraktion**, ist sicher, dass sich die Massnahmen stabilisierend auswirken. Der Kanton hat grössere Probleme, die Proaktivität der Stadt Thun diesbezüglich ist zu begrüssen. Sehr wichtig ist, dass nicht einzelne Änderungen am Vorschlag vorgenommen werden. Gewisse Bedingungen aber ändern sich im Markt, auf diese muss reagiert werden. Dieser Stabilisierungsprozess muss laufend voran-

getrieben werden. Serge Lanz verdankt die grossartige Arbeit aller Beteiligten. Die Fraktion nimmt den Antrag vollumfänglich an.

Claude Schlapbach, **BDP-Fraktion**, dankt für die geleistete Arbeit. Das Massnahmenpaket zeigt, dass alle gewisse Abstriche machen müssen. Es ist ein ausgewogenes Paket. Die kurzfristige Umsetzung ist richtig, ein Zuwarten bringt keine Vorteile. Die Fraktion unterstützt den Antrag in allen Punkten.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, stellt fest, dass Handlungsbedarf besteht. Die Korrektur hat zu erfolgen und die gewählte Opfersymmetrie ist angemessen. Die Beteiligten leisten ihre Beiträge ihrem Potential entsprechend. Ein ansonsten in Thun sehr strittiges Thema kann vorliegend mit breitem Konsens abgeschlossen werden. Dies spricht für die Vorbereitung und die Diskussionskultur in diesem Geschäft. Es wird eine Baustelle bleiben, man muss weiterhin am Reglement arbeiten. Die Lage wird sich wohl nicht genau den Annahmen entsprechend entwickeln, aber heute scheint die Vorlage richtig und die Fraktion stimmt zu.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, ist der Meinung, dass es arbeitnehmerfreundlichere Vorlagen geben würde. Aber das Paket ist in sich stimmig, die Fraktion kann dahinter stehen.

Stadtpräsident Raphael Lanz dankt dem Rat im Namen des Gemeinderats für die gute Aufnahme. Nicht nur die Verwaltung, sondern auch die paritätische Pensionskassen-Kommission hat einen grossen Beitrag geleistet. Es muss weiterhin in diesem Bereich gearbeitet werden, wenn sich die Umstände ändern.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 38 lit. a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 23. August 2012, beschliesst:

1. Die Teilrevision des Reglements der Städtischen Pensionskasse wird genehmigt.
2. Sie tritt auf den 1. Januar 2013 in Kraft.
3. Ziffer 1 unterliegt dem fakultativen Referendum gemäss Artikel 27 der Stadtverfassung.
4. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

57. Interpellation I 4/2012 betreffend die nichtkommerzielle Kultur in der Stadt Thun

de Meuron Andrea (Grüne), Ernst Susanna (BDP), Schori Franz (SP) und Mitunterzeichnende vom 4. April 2012; Beantwortung

Andrea de Meuron (Fraktion Grüne) ist teilweise befriedigt und verlangt die Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Andrea de Meuron (Grüne) dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung. Es besteht Handlungsbedarf. Im Vorfeld zum Vorstoss wurden viele Gespräche mit jungen Leuten geführt. Es ist heikel, die Bedürfnisse der Jungen zu formulieren, ohne Vorurteile zu wecken. Einem Teil der Bedürfnisse der Jugendlichen wird entsprochen, dies beispielsweise mit Jugendzentren. Aber nur eines dieser Treffs, nämlich das Mädchentreff, liegt zentral. Und dies wird nur von jüngeren Mädchen besucht. Es besteht das Bedürfnis, sich mit Gleichaltrigen zu treffen und etwas zu unternehmen. Zwischen den Bedürfnissen von Jugendlichen der unterschiedlichen Altersgruppen gibt es enorme Differenzen. Geregelte und punktuelle Öffnungszeiten und die Anwesenheit Erwachsener sind wohl auch Gründe, dass gerade ältere Jugendliche nach Alternativen zu den Institutionen der Stadt suchen. Sie können sich fast nirgends treffen, nur auf dem Mühleplatz oder im Schaudaupark. Wenn es regnet, im Winter oder nach 22.00 Uhr wird es sehr schwierig.

Es muss auch einmal für Jugendanliegen Geld investiert werden. Man kann nicht alle Jugendlichen in einen Topf werfen, sonst tut man einer sehr grossen Mehrheit Unrecht. Man sollte den Jugendlichen in dieser Stadt den ihnen gebührenden Platz gewähren. Sie sollen lernen, sich einzubringen und Rücksicht zu nehmen. Ganz wichtig wäre ein Jugend- oder Kulturhaus. Es ist erfreulich, dass der Gemeinderat bereit ist, Interessenten zu unterstützen. Sie hofft, dass auf die Worte Taten folgen.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, ist zufrieden mit der Antwort des Gemeinderats. Heute wurde bereits die Motion zur Einführung einer Jugendmotion eingereicht, auch das ist ein starkes Zeichen von Seiten der Thuner Politik. Auch die Jugendlichen haben den Ball aufgenommen. Es haben sich in der Zwischenzeit Jugendliche gemeldet. Der Gemeinderat hat geeignete Räumlichkeiten für nicht-kommerzielle Kultur gefunden. Er hofft, dass die vorhandenen Möglichkeiten vermehrt ausgeschöpft werden.

Matthias Wiedmer, **SVP-Fraktion**, ist der Meinung, es würden rechtsfreie Räume geplant. Das darf es in der Schweiz nicht geben. Ein anonymes Komitee kann nicht Anlässe organisieren. Es müssen Ansprechpersonen vorhanden sein, Verantwortlichkeiten müssen geklärt sein und Bewilligungen erteilt werden. Man will in Thun nicht so etwas wie die Reithalle in Bern haben.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, weiss, dass die vier betreffenden Jugendlichen in der Zwischenzeit einen Verein gegründet haben und damit ihre Identität preisgeben und sie auch sicherlich keinen rechtsfreien Raum wollen.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne** antwortet auf das Votum von Stadtrat Matthias Wiedmer: Es dürfen keine falschen Interpretationen gemacht werden, niemand hat angedeutet, dass es um einen rechtsfreien Raum geht. Das will auch niemand.

Gemeinderätin Ursula Haller nimmt die Anliegen der Jugendlichen sehr ernst. Am Zukunftstag vom 2. Juni 2012 konnten sich die Jugendlichen zu ihren Wünschen äussern, der Gemeinderat beschäftigt sich seit Wochen intensiv damit, diese Wünsche umzusetzen. Sie würde sich selbstverständlich dagegen wehren, wenn ein rechtsfreier Raum in Planung wäre. Dem ist aber nicht so. Sie ist auch überzeugt, dass sich die Jugendlichen, die sich engagieren, dem bewusst sind. Vor einer Woche hat sie dem Gemeinderat das Konzeptpapier mit einer klaren Ausgestaltung und Zielsetzung sowie einem Organigramm vorgestellt. Die Federführung haben sowohl Gemeinderat Peter Siegenthaler als auch sie selber, zusammen mit dem Amt für Bildung, der Abteilung Sicherheit, aber auch den Jugendlichen. Sie ist überzeugt, dass das gut kommt. Ein Raum ist schon vorhanden. Es wird ein Raum sein, den die Jugendlichen selber gestalten können. Man ist auf guten Wegen, aber das bedingt auch, dass die Jugendlichen zum Dialog bereit sind. Zum heutigen Vorstoss Jugendmotion: Schon vor vielen Jahren wurde den Jugendlichen der rote Teppich ausgerollt, ein Jugendparlament hätte eingerichtet werden können. Aber das Problem ist, dass, sobald die Jugendlichen Thun aus beruflichen Gründen verlassen, der Rat keine Ansprechpersonen mehr hat. Frau Haller ergänzt, dass natürlich auch alle Sportangebote und Infrastrukturangebote sowie kulturellen Angebote den Jugendlichen offen stehen und versucht wird, in der Stadt Thun ein Optimum zu bieten. Vorurteile gegenüber Jugendlichen sind nicht angebracht.

58. Interpellation I 6/2012 betreffend Anliegen von Thuner Jugendlichen

BDP-Fraktion vom 7. Juni 2012; Beantwortung

Susanne Ernst, **BDP-Fraktion**, ist befriedigt, wünscht aber die Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Susanne Ernst, **BDP-Fraktion**, begrüsst es, dass die Anliegen ernst genommen werden. Ab und zu wird vergessen, dass bereits ein wesentliches Angebot für Jugendliche besteht. Es gibt sogar einen Artikel in der Stadtverfassung, der jeder Person erlaubt, schriftlich Wünsche zu deponieren. Wünschen kann man jedoch alles, aber die Erfüllung ist nicht sicher. Die Fraktion ist gerne bereit, mit dem Gemeinderat, den

betroffenen Stellen und den Jugendlichen in Dialog zu treten. Auf die nicht-kommerzielle Kultur ist Frau Ernst gespannt.

Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, begrüsst es, dass das Thema Jugend so präsent ist. Sie fragte sich, wie man Jugend definiert und welche Altersklassen gemeint sind. Zur Antwort auf Frage 3: Positiv zu erwähnen ist der Robinson-Spielplatz, wo sehr viele Aktivitäten statt finden. Diese sind aber quartierbezogen. Auch der Schülerrat ist eine gute Idee, aber auch eher punktuell. Es wäre vielleicht gut, analog der Elternpartizipation auch die Schülerpartizipation zu institutionalisieren, so dass alle Thuner Kinder davon profitieren können. Der Artikel in der Stadtverfassung ist gut, aber die Hemmschwelle ist wohl etwas hoch. Zur Antwort auf Frage 5: Wenn alle zwei Jahre eine neue Mitwirkungsmöglichkeit für Kinder und Jugendliche eingerichtet wird, ist das positiv. Vor 2 Jahren war der Grundtenor im Rat diesbezüglich anders. Frau Rupp Gyger hat beobachtet, dass es viele gute Angebote gibt, aber vieles punktuell und quartierbezogen ist. Generell sollte mehr agiert, statt reagiert, werden. Deshalb wurde heute von der SP-Fraktion ein Vorstoss zu dieser Thematik eingereicht. Es ist wünschenswert, dass das Thema Jugend einmal ganzheitlich, flächendeckend und über alle städtischen Bereiche hinweg angeschaut wird. So findet man heraus, was noch fehlt, und kann Massnahmen ergreifen.

Gemeinderätin Ursula Haller weist darauf hin, dass auch erwartet wird, dass von Quartieren und Schulen aktiv auf den Gemeinderat zugegangen wird.

59. Sitzungskalender Stadtrat 2013; Genehmigung

Der Rat genehmigt den Sitzungskalender Stadtrat 2013 einstimmig.

60. Fragestunde

Folgende Frage wurde vom Gemeinderat schriftlich beantwortet:

- **F 7/2012 betreffend Neubauten auf dem Gymer-Areal**
Baumann Jonas (EVP) vom 18. September 2012

61. Interpellation Kostenübersicht und Transparenz bezüglich der Gesamtsanierung der Schulanlage Pestalozzi plus Verbundobjekte

SVP-Fraktion vom 20. September 2012; Dringlichkeit

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, begründet die Dringlichkeit. Man steht kurz vor der Umsetzung des Projektes. Um die Handlungsfreiheit des Stadtrats zu erhalten, muss jetzt reagiert werden. Wenn die Dringlichkeit abgelehnt wird, macht die Interpellation keinen Sinn mehr. Die Fraktion will Transparenz herstellen. Herr Deriaz bittet um Unterstützung, es geht um Millionen von Steuergeldern.

Gemeinderat Roman Gimmel weist darauf hin, dass es für den Gemeinderat das Ziel ist, immer transparent zu sein. Der Gemeinderat empfiehlt, die Dringlichkeit abzulehnen. Dies nicht aus inhaltlichen Gründen. Es ist geplant, nach einer der nächsten Stadtratssitzungen umfassend zu informieren. Diese Information wird umfassender sein, als dies in der Antwort auf die Interpellation möglich wäre. Gemeinderat Roman Gimmel sichert zu, dass die sieben Fragen der Interpellation integrierender Bestandteil des Informationsanlasses sein werden. Die Beantwortung der Interpellation wäre deshalb ein unnötiger Zusatzaufwand.

Der Rat lehnt die Dringlichkeit mit 25 : 10 Stimmen ab.

Mitteilungen

Keine Mitteilungen.

Eingänge

- Motion betreffend Einführung der Jugendmotion; Fraktionen SP, SVP, BDP, Grüne und Mitunterzeichnende vom 20. September 2012
- Postulat betreffend nachhaltige Steuersenkungen; Lanzrein Lukas (SVP), Aellig Hanspeter (FDP) und Mitunterzeichnende vom 20. September 2012
- Postulat betreffend kirchenfreundliche Gemeinde; SP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 20. September 2012
- Postulat betreffend Zonen für urbanes Wohnen, Kultur und Nachtleben; Lanzrein Lukas (SVP), Buchs Christine (FDP), Schori Franz (SP), de Meuron Andrea (Grüne), BDP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 20. September 2012
- Interpellation betreffend Kostenübersicht und Transparenz bezüglich der Gesamtsanierung der Schulanlage Pestalozzi plus Verbundobjekte; SVP-Fraktion vom 20. September 2012 (Dringlichkeit abgelehnt)

Der Stadtratspräsident

Der Stadtratssekretär

Jürg Dällenbach

Remo Berlinger